

31. Jahreskonferenz der European Group for the Study of Deviance and Social Control: „Critical Perspectives on Crime Prevention“

Unter dem Titel: „Critical Perspectives on Crime Prevention“ fand vom 31. August bis 2. September 2003 die 31. Jahreskonferenz der „European Group for the Study of Deviance and Social Control“ (kurz: „European Group“) in Helsinki statt. Die Teilnehmenden waren eingeladen, an diesem frühherbstlichen Wochenende Perspektiven und Wege der Kriminalprävention in Europa zu diskutieren.

Zunehmende Vernetzung von Informationen und die Öffnung von Grenzen gestalten die europäische Gesellschaft offener, aber auch verletzbarer, wenn es darum geht, in den Prozessen der Öffnung und Erweiterung gegenseitigen Respekt und Vertrauen als praktisch gelebte Werte in der europäischen Gemeinschaft zu erhalten. Gekoppelt daran nehmen die Themen „Sicherheit“ und „Kontrolle“ einen hohen Stellenwert in öffentlichen Debatten ein.

In ihrem Grußwort griff die Staatspräsidentin der Republik Finnland *Tarja Halonen* den Stellenwert der Menschenrechte auf. Insbesondere die Rechte zum Schutze von Minderheiten sind in der Prioritätenliste der europäischen Gemeinschaft ganz oben angesiedelt, und humane und gerechte Behandlung fanden als übergeordnete Ziele und Werte Eingang nicht nur in die Kriminalpolitik der Nationen. In der über dreißigjährigen Geschichte der „European Group“ und ihrer kritischen Reflexion traditioneller Kriminalpolitik sind dies schon als „klassisch“ zu bezeichnende Themen, denen sich die „European Group“ auch in der forschenden und praktischen Arbeit ihrer Mitglieder verschrieben hat.

Der anschließende Plenarvortrag von *Eugene McLaughlin* zu „Future of Policing Crime and Disorder“ vermittelte Anstöße zur kritischen Auseinandersetzung mit zentralen Sicherheitsbedürfnissen in der Bevölkerung und den Reaktionsmöglichkeiten von Staat und Polizei. McLaughlin stellte auf mangelnde Transparenz bei der zunehmenden Privatisierung von „Sicherheitsdienstleistungen“ und Möglichkeiten zu deren Kontrolle ab. Die Beiträge zum Plenum des zweiten Tages machten deutlich, vor welchen Problemen und Herausforderungen ein effektiver Opferschutz bei Gewalt in Familien steht und wie sich in den skandinavischen Ländern eine pragmatische Herangehensweise entwickelte. Dabei scheinen sich die Erfahrungen deutscher Vernetzungsprojekte zur Prävention bei Partnerschaftskonflikten zu bestätigen, dass sich im Interesse eines effektiven Opferschutzes die soziale und rechtliche Kontrolle von Gewalt in Familien als Teil der Kriminalpolitik etablieren (können) muss. So kommt es neben einer Vernetzung von Strafverfolgung, Justiz und zielgruppenspezifischer Sozialarbeit auch darauf an, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu vermitteln, dass Gewalt als Mittel zur Durchsetzung von Interessen geächtet und sanktioniert wird. Hier konnten die Praktikerinnen aus Schweden und Finnland interessante Beispiele ihrer Arbeit vorzeigen.

Die weiteren Konferenzbeiträge wurden in Parallelsessions organisiert, wobei die Diskussion in mindestens drei Arbeitsgruppensitzungen zu „Crime Prevention Methods“, „Prison“ und „Youth“ über die gesamte Tagung hinweg fortgeführt werden konnte. Daneben bildeten „State/Corporate Crime“, „Safety Politics and Policies“, „Criminal Justice and Penal Policy“ sowie „Violence“, „Victims and Victimization“, „Governmental Power“ und „Police and Policing“ weitere Themengruppen.

Den Auftakt bildeten die Arbeitsgruppen zu „Methoden der Kriminalprävention“ mit Beiträgen zu einer empirischen Untersuchung öffentlicher Einstellungen gegenüber Videoüberwachung in Helsinki von *Hille Koskela* (Finnland), dem allgemeine theoretische Überlegungen und Konzepte der Überwachung bzw. Kontrolle von öffentlichen Räumen von *Nicoletta Policek* (Schottland) folgten. Dem schloss sich ein kritischer Rückblick auf den italienischen Ansatz von *Francesco Faiella* (Italien) an, der auf die verhaltensnormierende und kriminalpräventive Funktion der traditionellen italienischen Familie im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen erläuterte. Ein weiteres interessantes Beispiel lieferte *Tinneke Degraeuwe* (Belgien). In seinem Beitrag „Neighbourhood-Information-Networks“ berichtete er über Strategien und Erfahrungen der kommunalen Kriminalprävention im flämischen Belgien, wo Informationsnetzwerke als Reaktion auf das erhöhte Sicherheitsbedürfnis einer durch ökonomischen Strukturwandel und Einbruchsdelikte stark verunsicherten Mittelschicht initiiert wurden. Im Ergebnis zeigte sich, dass die Netzwerke vor allem zum Wiederbeleben eines Gemeinschaftsgeistes einer homogenen Einwohnergruppe geführt sowie die soziale Kontrolle untereinander verstärkt haben und auf diese Weise Kriminalitätsfurcht reduzieren konnten. Die Reduzierung von Kriminalität steht dann hinter der Vermittlung eines sicheren Gefühls bei den Bewohnenden von mittelschichtdominierten Wohngebieten zurück. Die eingesetzten adaptiven Strategien definieren gleichzeitig die Verantwortlichkeiten in Hinsicht auf Kriminalität und Kriminalprävention um. Aus Nigeria konnte *Ahaka Moses Agbonkese* berichten, dass Nachbarschaftspatrouillen, gedacht zum besonderen Schutz von Minderheiten, im Zuge der zunehmend proaktiven kommunalen Kriminalprävention die Lebensqualität von Bewohnenden einst marginalisierter Vororte zu erhöhen geeignet sind.

In ihren aktuellen Bezügen und jeweiligen sozial-geographischen Kontexten lieferten die Beiträge zum „Strafvollzug“ und „Jugend“ interessante Einblicke in die praktische Arbeit im Feld der Kriminalprävention. Besonders erwähnenswert erscheint mir hier der Beitrag von *Viktoras Justickis* und *Justinas Peckaitis* (Litauen) zu einer Debatte, die in Deutschland gegenwärtig von der freien AIDS-Hilfe und vorrangig von freien Trägern in der Straffälligenhilfe getragen wird.

David Scott (UK) richtete den Blick auf Gefangenenrechte, während *Diana Medlicott* (UK) über Ambivalenzen im Umgang zwischen Personal und Gefangenen berichtete. *Minna Ruckenstein* (Finnland) konnte mit ihren Ergebnissen aus einer empirischen Untersuchung in einer Strafvollzugsanstalt in Helsinki Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung der 2001 in Kraft getretenen Reform des Strafvollzugsgesetzes in Finnland ergänzen. *Sanna Melarantas* (Finnland) untersucht in ihrem Dissertationsprojekt das Selbstverständnis der Sozialarbeiter in der Bewährungs- und Entlassenenhilfe und berichtete über den Zwiespalt der Bewährungshelfenden zwischen ihrem sozialarbeiterischen Anspruch und Optionen in der Wirklichkeit des reformierten finnischen Strafrechts von 2001. Danach sei die Bewährungshilfe in Finnland staatlich organisiert und habe vorrangig Aufgaben bei der Vollstreckung der Sanktionen wahrzunehmen, während soziale Dienstleistungen in dem Gesetz nicht eindeutig geregelt würden.

Im Workshop zu „Organisierter Kriminalität“ berichtete *Richard Wild* (UK) über die Todesstrafe in Japan anhand seiner Erfahrungen als Gesandter einer Menschenrechtsorganisation. Er lieferte Daten zum spezifischen politischen und kulturellen Kontext in Japan, wo die Todesstrafe akzeptiert ist und nicht nur die Gefangenen, sondern auch die Informationen über die Praxis im Strafvollzug einer restriktiven Kontrolle unterliegen.

Die Arbeitsgruppe „Jugend“ wurde von *John Pitts* (UK) über die aktuellen öffentlichen Debatten in England und Wales zur Reform des Jugendgesetzes informiert. Daran schlos-

sen sich Beiträge von *Daniela Trunk* (D) über ein Modellprojekt zur Reduktion der Schulschwänzer-Raten in Niedersachsen an. Es folgte eine kritische Auseinandersetzung über die Bedingungen, unter denen eine Mediation im Rahmen der „Restorative Justice“ sinnvoll eingesetzt werden kann (*Francesca Vianello*, Italien). Im weiteren Verlauf dieser Arbeitsgruppe wurden von *Bernd Holthusen* und *Heiner Schäfer* kritische Perspektiven in der Jugendkriminalprävention in Deutschland vorgestellt und diskutiert. Spannende Einsichten lieferte dazu der Beitrag von *Vincenzo Scalia* (Italien), der die gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen in Italien dahingehend untersuchte, wie sie Forderungen nach repressiveren Gesetzen widerstehen können. In seinen Analysen über das italienische Rechtssystem und seine Praxis im Strafvollzug beschreibt er die strafrechtlichen Reformen der vergangenen Jahre als Instrumente, die in erster Linie die politische Elite schützen sollen. Gesellschaftlich relevante Themen seien dabei von untergeordnetem Stellenwert. Insbesondere Jugendkriminalität werde in Italien als Familiendrama konstruiert, wenn die soziale Kontrolle durch Kirche und Schule in ihrer präventiven Funktion versagt habe. Anschließend stellte *Birgit Meriem* (Deutschland) ihre Studie zu Mädchen in hoch riskanten Lebensphasen vor und gab einen umfassenden Überblick über Faktoren, die bei dieser Gruppe präventiv wirken (können). Allerdings weise der Forschungsbedarf auf multifaktorielle Designs zur Überprüfung des Einflusses soziodemographischer und milieuspezifischer Variablen hin.

In den Arbeitsgruppen boten theoretische und empirische Beiträge Einblicke zum „State of the Art“ der fachlichen Debatten im europäischen Kontext. Die referierten Ergebnisse aus laufenden Projekten sowie die ebenfalls vorgestellten Werkstattberichte zeigten darüber hinaus ein buntes Panorama von „work in progress“ der praktischen kriminalpräventiven Arbeit aus verschiedenen Nationen.

So präsentierte sich den Teilnehmenden, dank der in ihrer Thematik wie auch vom methodischen Ansatz her gesehen heterogenen Beiträge, ein vielfältiges Spektrum aktueller Debatten, die sich vielfach außerhalb der Hauptströmung einer traditionellen Kriminologie verorten lassen. Die Diskussionen verliefen dank umsichtiger und fachlich versierter Moderation sehr angeregt und waren für die Teilnehmenden und die Vortragenden gleichermaßen ein Gewinn. Rückmeldungen aus den anderen Arbeitsgruppen deuten auf eine interessante und wohl organisierte Tagung hin, die vor allem dank der Mischung aus mehr als hundert Praktiker/innen und Wissenschaftler/innen aus zwölf Ländern als positiv empfunden wurde¹.

In der Sitzung der Vertreter/innen der einzelnen Länder wurde unter anderem über die Weiterentwicklung der Präsenz der „European Group“ im Internet diskutiert und beschlossen, dass im Vorlauf zukünftiger Tagungen dort abstracts einsehbar sein sollten (www.europeangroup.org). Vorgelegt wurde auch der Entwurf eines eigenen Journals als Printforum für Beiträge jenseits der traditionellen Kriminologie, über den in naher Zukunft entschieden werden soll.

Insgesamt war es eine gelungene Tagung, die ein weiteres Mal den Bedarf an kritischer Auseinandersetzung mit Themen aus Kriminalpolitik und öffentlicher Debatte zeigte und die Relevanz aktueller Ansätze und Lösungen in Fragen zu Sicherheit und Bürgerrecht heraus stellte.

Tagungszeit und -ort hätten nicht besser gewählt sein können, fand doch in der letzten Augustwoche ebenfalls in Helsinki die Eurocrim 2003 statt, die von einigen Teil-

1 Mit Dank an Tomasz Pawlowski für seine hilfreichen Hinweise bei der Erstellung dieses Tagungsberichtes.

nehmenden parallel besucht wurde. Das Potenzial der Beiträge zu der hier berichteten Konferenz lässt sich durchaus auch als komplementär zu der größeren und ökonomisch außer Konkurrenz stehenden Eurocrim lesen.

So gesehen konnte sich die „European Group“ als Forum für kritische Perspektiven auf die Kriminalprävention in Europa positionieren. Als kleine und intime Veranstaltung erwies sich die Jahreskonferenz einmal mehr als interessante Informationsplattform insbesondere für Nachwuchswissenschaftler/innen. Somit verliefen nicht nur die Diskussionen lebhaft und kontrovers, der PhD-Kurs von *Phil Scraton* (Irland) wurde als konkretes Angebot zum Austausch über Fellowships, Graduiertenkollegs und mögliche Wege der wissenschaftlichen Weiterbildung dankend angenommen.

Arbeitsgruppe Kriminologischer Dienst des Justizministeriums des Landes NRW,
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf, holst@mabis-net.de